

28.03.2025

Kleine Anfrage 5335

des Abgeordneten Markus Wagner AfD

Terrorangst auf Volksfesten führt zu immer mehr Absagen – Was unternimmt die Landesregierung, um eine Tradition zu bewahren?

Beinahe täglich gehen Meldungen aus der gesamten Bundesrepublik ein, dass diverse Volksfeste, Flohmärkte und Osterfeuer abgesagt werden müssen. Zuvor traf es schon einige Karnevalsumzüge. Nun ist bekanntgegeben worden, dass auch das beliebte Oldtimertreffen in Oberhausen nicht stattfinden wird. Zur Begründung wird wiederum auf ein hohes Gefahrenpotenzial verwiesen sowie auf einen damit einhergehenden finanziellen Aufwand, den die Veranstalter nicht stemmen können. Der Vorsitzende der Interessengemeinschaft Oberhausener Osterfelder Oldtimer-Freunde äußerte sich wie folgt:

„Diese Fest-Absagen dürfen so nicht weitergehen. Damit wird uns ein Teil unserer Kultur genommen.“¹

Bei fast allen derartigen Veranstaltungen erstrecken sich die Planungen über Monate. Dabei wurde beispielsweise, obwohl ein erarbeitetes Sicherheitskonzept vorlag, die Frühjahrskirmes in Lage (Kreis Lippe) kurzfristig abgesagt, da die gestiegenen Anforderungen an das Sicherheitskonzept für die Veranstalter nicht finanzierbar sind. Erst eine Woche vor dem geplanten Start (13. März) wurde im Gespräch mit den Behörden klar, dass das neue Sicherheitskonzept nicht umsetzbar sei. Dieses sieht nämlich vor, dass 30 LKW mit mindestens 3,5 Tonnen Gewicht die Straßenzufahrten zur Kirmes absichern sollen. Zudem sollen laut Konzept einige der Fahrzeuge mit zwei Fahrern besetzt sein – einer zum Fahren und einer zur Sicherung. Die kurzfristige Organisation dieser Maßnahmen war für die Veranstalter jedoch finanziell nicht tragbar. Die Absage der Kirmes trifft die 60 Schaustellerfamilien schwer, die bereits Investitionen für die Kirmes getätigt haben, u. a. Buchungen für Übernachtungen und Personalkosten. Viele der Schausteller stehen nun vor finanziellen Schwierigkeiten.²

In den Fällen, in denen Volksfeste noch stattfinden, wird ebenfalls befürchtet, dass die Sicherheitskosten auf die Besucher abgewälzt werden. Die Lage ist mittlerweile derart dramatisch, dass der Deutsche Schaustellerbund einen Brandbrief an die künftigen Koalitionäre von CDU und SPD adressiert hat:

¹ Vgl. <https://www.bild.de/news/inland/terror-angst-auf-volksfesten-beliebtes-oldtimer-treffen-in-oberhausen-abgesagt-67dbed52559c903aae813885>.

² Vgl. <https://www1.wdr.de/nachrichten/westfalen-lippe/kirmes-absage-sicherheitskonzept-lage-100.html>.

„Die Konsequenz ist: Die Feste werden abgesagt, die Initiatoren geben entnervt auf, den Menschen gehen wichtige und unwiederbringliche Momente der Begegnung verloren.“³

In Anbetracht der Tatsache, dass in diesem Jahr noch unzählige weitere Volksfeste in Nordrhein-Westfalen geplant sind, auf die sich Millionen von Menschen freuen, besteht dringender Handlungsbedarf von Seiten der Landesregierung, um die Tradition der Volksfeste zu erhalten und die Existenz der Schausteller zu gewährleisten.

Ich frage daher die Landesregierung:

1. Welche Arten von Hilfestellungen plant die Landesregierung für die einzelnen Städte sowie Schausteller, die von Absagen aufgrund von Sicherheitsbedenken betroffen sind?
2. Wie schätzt die Landesregierung die Gefahrensituation respektive die Bedrohungslage für diverse Volksfeste in Nordrhein-Westfalen ein?
3. Welche spezifischen Bedrohungen existieren nach Ansicht der Landesregierung?
4. Von welchen politisch/religiös motivierten Tätergruppen gehen diese Bedrohungen aus?

Markus Wagner

³ Vgl. <https://www.bild.de/news/inland/terror-angst-auf-volksfesten-beliebtes-oldtimer-treffen-in-oberhausen-abgesagt-67dbed52559c903aae813885>.